

Die Staatsanwaltschaft hat 13 parteinahe Vereine im Visier

Ibiza-Video. Die Justiz untersucht Vereine, über die Spenden an Parteien geflossen sein könnten. Sechs davon werden der FPÖ zugerechnet, fünf der ÖVP und zwei der SPÖ. Die Wiener SPÖ zahlt indes einen unrechtmäßig erhaltenen Betrag jenes Vereins, der das Donauinsselfest organisiert, zurück.

Wien. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) überprüft mögliche Geldflüsse an 13 parteinahe Vereine. Dazu zählen sieben FP-nahe Vereine sowie Unterstützervereine für ÖVP-Politiker und ein Verein im Umfeld des von der Wiener SPÖ veranstalteten Donauinsselfests, wie die Rechercheplattform Addendum unter Berufung auf einen Bericht des Bundeskriminalamts schreibt.

Der Anlassbericht nennt 13 Vereine, die für verdeckte Geldflüsse an Parteien „infrage kommen könnten“. Konkrete strafrechtliche Vorwürfe gegen die Vereine bzw. deren Vertreter werden dem Bericht zufolge vorerst nicht erhoben. Als Basis für diese Beur-

teilung dienen offenbar Medienberichte. Alle Vereine sind entweder rund um die Ibiza-Affäre oder zuvor medial im Gespräch gewesen.

Bei der FPÖ geht es um sechs Vereine, darunter jene rund um Kurzzeit-Finanzreferent Markus Tschank sowie ORF-Stiftungsrat Markus Braun. Auf der Liste stehen unter anderem das auch vom Verteidigungsministerium mit Geld bedachte Institut für Sicherheitspolitik, die Vereine Austria in Motion, Wirtschaft für Österreich und Patria Austria sowie ein Personenkomitee für Ex-FP-Chef Heinz-Christian Strache. Der Nationalrat hat die Immunität von Tschank aufgehoben. Seine Vereine haben mehrere Hunderttausend Euro

Spenden erhalten. Der Politiker bezeugt, dass die Mittel nicht an die FPÖ geflossen seien.

Blümel-Verein im Visier

Bei der ÖVP geht es um fünf Vereine, darunter der im BVT-Untersuchungsausschuss bekannt gewordene, von einem früheren BVT-Mitarbeiter geführte Verein Pro Patria, bei dem Wiens ÖVP-Chef, Gernot Blümel, lang Kassier war. Auch Blümels Verein zur Förderung bürgerlicher Politik steht auf der Liste, ebenso der Vorzugsstimmen-Verein des EU-Abgeordneten Lukas Mandl und das Institut für Bildung und Innovation.

Bei der SPÖ finden sich zwei Vereine auf der Liste – allen voran

das Wiener Kulturservice. Dieses tritt neben der SPÖ als Mitveranstalter des Donauinsselfestes auf und wurde allein für 2019 mit 1,8 Mio. Euro Fördermitteln bedacht. Laut einem Rechnungshof-Rohbericht verwendete er aber auch Gelder für Parteiwerbung, wie „Die Presse“ exklusiv berichtet hatte.

SPÖ zieht die Notbremse

In diesem Zusammenhang haben die Neos in Wien eine Anfrage gestellt. Die Antwort von Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler (immerhin wurden Mittel aus dem Topf Kulturförderung verwendet) liegt nun der „Presse“ vor. Demnach hat die SPÖ einen – in der Höhe nicht genannten – Betrag zu-

rückbezahlt. Wörtlich schreibt die Stadträtin: „Bei der umfassenden Prüfung durch den Rechnungshof über einen Zeitraum von drei Jahren wurde ein Beleg beanstandet. Der entsprechende Betrag wurde unverzüglich zurückerstattet.“ Wiens Neos-Klubchef, Christoph Wiederkehr, kritisiert, wenn es um konkrete Zahlen gehe, hülle sich die SPÖ in Schweigen. „Das wollen wir nicht hinnehmen. Es braucht volle Aufklärung.“

Der zweite Verein ist die 2017 gegründete Wahlkampfplattform „Weil's um was geht“. Sie richtete sich gegen die FPÖ und wies eine Nähe zur SPÖ zurück. Mitglied war Hans Peter Haselsteiner, der die Neos unterstützt (red./d. n.)